

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 69 (1975)
Heft: 1

Artikel: Internationale NGO-Konferenz gegen Apartheid und Kolonialismus
Autor: Kremos, Helen
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-142426>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Internationale NGO-Konferenz gegen Apartheid und Kolonialismus

Diese vom 2.—5. September in Genf tagende Konferenz nichtstaatlicher Organisationen, an der die Schreibende als Delegierte der «Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit» (IFFF), die im UNO-Unterausschuß gegen Apartheid und Kolonialismus aktiv mitarbeitet, teilnahm.

Als Folge der Geschehnisse in Portugal und der sich abzeichnenden Unabhängigwerdung der portugiesischen Kolonien in Afrika herrschte an dieser Tagung eine hoffnungsvolle und energiegeladene Stimmung, besonders spürbar bei den Schwarzafrikanern. Außerhalb der Sitzungen kam es mit den kontaktfreudigen Afrikanern zu manch aufschlußreichem Gespräch.

Aus der verschiedenartigen Herkunft und der großen Anzahl der Konferenzteilnehmer konnte man ablesen, wie sehr die Apartheid in Afrika die Weltöffentlichkeit beschäftigt. Delegationen der Befreiungsbewegungen der portugiesischen Kolonien, von Südafrika, Namibia (Südwest-Afrika) und Zimbabwe (Rhodesien) waren zugegen. Dreißig Regierungen aus allen Teilen der Welt haben Vertreter geschickt und rund hundert internationale und nationale nichtstaatliche und intergouvernementale Organisationen waren vertreten. Zu den letzteren gehörten die zwei UNO-Sonderausschüsse, die ausschließlich im Bereich der Menschenrechte, der Dekolonisation und der Apartheid tätig sind. Zugegen waren auch Delegierte der UNO-Sonderorganisationen: ILO (Internationales Arbeitsamt), FAO (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen), UNESCO (Organisation der VN für Erziehung, Wissenschaft und Kultur), WHO (Weltgesundheitsorganisation und der UNO-Rat für Namibia. Die intensive Teilnahme der UNO an der Konferenz machte deutlich, wie vorbehaltlos sie sich für die nicht mehr länger aufzuschiebende Beseitigung der Kolonial- und Rassenpolitik in Afrika einsetzt. Eines ist unbestreitbar, die UNO hat durch ihre Beschlüsse und die Bereitstellung einer auf Fakten beruhenden, umfassenden Dokumentation über die Apartheid maßgeblich dazu beigetragen, sie weltweit als das was sie ist, bekannt zu machen. Die UNO-Vollversammlung hat in ihrer Konvention vom 30. November 1973 die südafrikanische Rassenpolitik als ein Verbrechen an der Menschheit bezeichnet, das geächtet und bestraft werden müsse.

Die Konferenz gab unmißverständlich zu verstehen, daß der Zeitpunkt zum Handeln gekommen sei. Aus den Berichten und Voten der vier Arbeitsgruppen, in denen die politischen, wirtschaftlichen, so-

zialen und kulturellen Aspekte der Rassentrennungspolitik zur Sprache kamen, ging hervor, mit welchem gewaltigem Machtapparat die weiße Regierung in Pretoria ausgerüstet ist. Darum ruft die Konferenz zur Schaffung einer internationalen Kampffront auf. Ein eindringlicher Appell geht an alle fortschrittlich denkenden Menschen, die für Unabhängigkeit und nationalen Wiederaufbau ihrer Völker kämpfenden Befreiungsbewegungen politisch, moralisch und finanziell zu unterstützen. Zur finanziellen Unterstützung wird dringend empfohlen, das von der namibischen Befreiungsbewegung SWAPO geschaffene Gesundheits- und Erziehungszentrum in Lusaka (Sambia), in welchem der kürzlich erfolgte Flüchtlingsstrom aus Namibia Aufnahme fand. Dieses Projekt hat eine zentrale politische Aufgabe für die SWAPO. Es stellt ein Modell dar, in dem Menschen unterschiedlicher ethnischer Gruppen Namibias neue Formen des Zusammenlebens und neue kollektive Produktionsformen erarbeiten. UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim und der Namibia-Rat der Vereinten Nationen wird aufgefordert, die Errichtung des geplanten Namibia-Instituts in Sambia zu beschleunigen. Seine Aufgabe gilt der Erforschung des wirtschaftlichen Potentials Namibias (Mineralien, Landwirtschaft, Industrie) und der Ausbildung technischer Fachkräfte und Beamter für ein zukünftiges, unabhängiges Namibia. Regierungen und Organisationen werden gebeten, dieses Entwicklungsprojekt während einer Zeitspanne von fünf Jahren finanziell zu unterstützen. Die Konferenz wird an die nächste Vollversammlung der Vereinten Nationen die Aufforderung richten, in Afrika eine Radiosendestation zu errichten, wo unter der Leitung der Befreiungsbewegungen durchgehend Tag und Nacht Programme in den wichtigsten südafrikanischen Sprachen ausgestrahlt würden. Ein Wunsch, der (vorläufig) kaum in Erfüllung gehen wird, wäre die Errichtung eines ständigen Büros in Namibia für den UN-Kommissar für Namibia, Sean McBride, der (mit einem Stab von Beobachtern) auf dem Platz sich einwandfreie Informationen über die Massaker, die schändlichen Folterungen und die öffentlichen Auspeitschungen verschaffen könnte.

Einer der Schwerpunkte des Aktionsprogramms der Konferenz war das Thema der Investitionen. Der Aufruf des «ökumenischen Rates der Kirchen» (Utrecht 1972), der die Beendigung ausländischer Investitionen in Südafrika fordert, wird allgemein gutgeheißen. Allerdings wird argumentiert, daß eine Einstellung der Investitionen die Arbeitsplätze für Schwarze wie auch für Weiße zunächst verringern würde, wobei die reiche weiße Oberschicht dies leichter verkraften könnte als die arme schwarze Bevölkerung. Es wird aber weiter gefolgert, daß durch eine wirtschaftliche Isolierung die weiße Unternehmerschaft (mit ihren hochqualifizierten Kräften), die sich dann nicht mehr

auf exportorientierte Industrialisierung ausrichten kann, gezwungen wird, diese auf die inländische Nachfrage auszurichten, das heißt vor allem auf die Bedürfnisse der 19 Millionen Nicht-Weißen. Der Binnenmarkt von knapp 3 Millionen Weißen ist, was Rentabilität und Expansion betrifft, ganz ungenügend. Die Voraussetzung für eine derartige Entwicklung ist erhöhte Kaufkraft der breiten Bevölkerungsschichten. Diese kann nur durch Schaffung neuer Arbeitsplätze (mit Aufstiegsmöglichkeiten) und einem gerechten Einkommen der Nicht-Weißen zustandekommen. Die weißen Unternehmer in den westlichen Ländern haben schon vor Jahrzehnten die Zusammenhänge zwischen vernünftiger Entlohnung, erhöhter Kaufkraft und Nachfrage nach Industrieprodukten und expandierender Wirtschaft erkannt und sich darnach gerichtet. Die afrikanischen Konferenzteilnehmer geben sich nicht etwa der Illusion hin, daß ein Rückzug der Auslandsinvestitionen automatisch eine Beseitigung der Apartheid zur Folge hätte. Sie glauben aber, daß (langfristig gesehen) durch Rückgang der Investitionen mehr Aussicht auf Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der farbigen Bevölkerungsschichten besteht.

Im Zusammenhang mit der mannigfaltigen Wirtschaftsverflechtung Südafrikas mit den Industrieländern wurde in Genf die Rüstungsindustrie unter die Lupe genommen. Hierzu einige Einzelheiten. Das Kapital für das südafrikanische Uran-Programm (zur Gewinnung von Kernenergie) wurde durch aufgelegte Anleihen (1950) in den Vereinigten Staaten und Großbritannien beschafft. Zwei Jahre später wurde Uran in siebenundzwanzig Minen gefördert. 1969 wurden Abkommen über den Verkauf von Uran mit der Bundesrepublik Deutschland, der Schweiz und Japan getroffen. Heute ist Südafrika der größte Uranlieferant Japans. Südafrika gehört gegenwärtig mit den USA und Kanada zu den drei Großen der Uranförderung. Um den Absatz und die Finanzierung dieses Metalls sicherzustellen, baut Südafrika seine Urananreicherungs-Industrie in enger Kooperation mit ausländischen Gesellschaften auf. Die deutsche Bundesrepublik beabsichtigt nächstens eine Uran-Anlage in Südafrika aufzubauen. 1974 erklärte Premierminister Vorster, Südafrika verfüge über 25 Prozent der Uranvorkommen der westlichen Welt. Die Kunde, daß die Republik Südafrika als ein Verbündeter der NATO in Aussicht genommen ist, verstummt nicht.

An der Tagung in Genf wurde eingehend erörtert, wie westliche Länder trotz Embargo sich im südlichen Afrika zu etablieren vermochten. Unter anderem wurde gesagt, daß Unternehmer in den USA Fabriken stilllegen, um sie darauf in Afrika mit billigen Arbeitskräften wieder zu eröffnen. Es soll dreihundert amerikanische Firmen und sechstausend Niederlassungen in Südafrika geben. Großbritannien wird vorge-

worfen, daß rund 60 Prozent der Auslandsinvestitionen in Südafrika und Rhodesien britischer Herkunft seien. Frankreich wird als erster Lieferant von Kriegsmaterial und militärischem Know-how bezeichnet. Auch Japan, Italien (Flugzeuge) und die Schweiz sitzen auf der Anklagebank. Es wird festgehalten, daß Schweizer Firmen und Bankkreise (Verkauf des größten Teils des südafrikanischen Goldes) die rassistischen Staaten im südlichen Afrika unter dem Deckmantel der traditionellen Neutralitätspolitik durch ihre finanzielle und kommerzielle Zusammenarbeit unterstützen.

Die Forderungen der NGO-Konferenz zielen nicht nur auf ein totales Handelsembargo für Waffen und zivile Güter sondern auch auf ein Investitions-Technologie- und Auswanderungsembargo.

An der Genfer Tagung wurde die Meinung vertreten, daß die Möglichkeit bestehe, die Konflikte im südlichen Afrika auf dem Verhandlungsweg zu lösen. Vielleicht vermag gerade der Tatbestand, daß Südafrika daran ist, Atommacht zu werden, und es damit in der Hand hat, eine Katastrophe in Afrika auszulösen, dazu beitragen, die Friedenskräfte weltweit zu mobilisieren. Jetzt im Zeitpunkt des Niederschreibens dieser Zeilen (Mitte Dezember) ist von den weißen Minderheitsregierungen ein neuer Ton der Verhandlungsbereitschaft zu hören. Wenn nicht alles trügt, beginnt das Jahr 1975 für die schwarze Bevölkerung unter andern und bessern Vorzeichen als in der Vergangenheit.

Helen Kremos

Entkolonialisierung und Gewaltlosigkeit

Chikani, ein afrikanischer Maler aus Beira, Moçambique hat in einem eindrucksvollen, drei Meter hohen Bild das Antlitz des leidenden Afrika von 1972 dargestellt: Der Kontinent, der ein gefoltertes Antlitz bildet, ist von einer mächtigen Kette umgeben, die ein Ungeheuer in Händen hält. Als Zeichen der Hoffnung blühen an jenen Stellen, an denen sich Angola, Moçambique und Guinea-Bissau befinden, Blumen in leuchtenden Farben. Ist Chikani Prophet? Befinden sich diese Länder heute wirklich auf dem Weg in eine Zukunft, in der Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden herrschen?

Um die Vorbereitungen für unsere Arbeit in Angola und Moçambique, wohin uns unsere Freunde, die wir 1973 kennenlernten, eingeladen hatten, abzuschließen, verbrachten wir einige Tage in Portugal. Der erste Eindruck: die ungeheure Freude eines Volkes, das nach vierzig Jahren Diktatur in Freiheit lebt. Schürft man etwas tiefer, so entdeckt man eine durch politische, wirtschaftliche, soziale und religiöse Krisen erschütterte und zerrissene Nation. Das ist sehr wohl zu verstehen, wenn ein Volk ohne Vorbereitung in das demokratische